

Arbeitsblatt des
Stadtkreis Bocholt
Umfasst Angelegenheiten
des Stadtkreis Bocholt
von Bürgermeistern
und Räten des
Arbeitskreises
Organ
des Zentralrates

Gesetzliche
Bocholt, Bocholtstr. 6.
Jahrgang 1927
Nr. 10. April
Verlag: Th. Varras
Bocholtstr. 6.
Bocholtstr. 6.

Nummer 99

Sonntag, den 10. April

Jahrgang 1927

Zagesfragen.

Der Reichstag hat, geführt von der neuen, die Rechte und Mitte umfassenden Regierungskoalition, einen wichtigen Tagungsabschnitt hinter sich gebracht. An der Erledigung des Staats, dem Zustandekommen des Finanzausgleichs und des Arbeitszeitgesetzes und der Verständigung über außerpolitische Fragen, die wenige Monate vorher noch im Mittelpunkt des parteipolitischen Kampfes gestanden hatten, hat die neue Koalition gezeigt, daß sie arbeitsfähig ist. Die Nebereinstimmung zu erzielen, war natürlich nicht immer leicht. Es hat zum Teil wochenlanger interfraktioneller Besprechungen bedurft, bis das notwendige Kompromiß gefunden war. Aber guter Wille war vorhanden, und so ist es schließlich gelungen, die Arbeitszeitfrage im fortschrittlichen Sinne zu regeln, wenn auch gewiß die Forderungen der Gewerkschaften nicht restlos erfüllt worden sind. Aber Stegerwald hat in seiner Rede am Freitag mit Recht bemerkt, daß auch eine Koalition, in der die Sozialdemokratie führe, nicht mehr für die Arbeitnehmer hätte herausgeschlagen können. Denn ohne die Stimmen der Deutschen Volkspartei ist in diesem Reichstag keine Mehrheit zu schaffen. Und darum muß auch der ehrliche Bekämpfer des Arbeitszeitgesetzes zugeben, daß das, was unter den vorliegenden Umständen erreicht werden konnte, für die Arbeitnehmererschaft erreicht worden ist. Ein Kompromiß aber befriedigt natürlich niemanden restlos. Noch weniger erbaut über das Arbeitszeitgesetz als die Arbeitnehmer sind die Arbeitgeber. Auch daran können jene, denen jetzt jede Mehrarbeit mit 25 Prozent Lohnzuschlag bestraft werden muß, doch erkennen, daß unter Führung der Christlichen Gewerkschaften, insbesondere Stegerwalds, dem vorzugsweise in der Deutschen Volkspartei vertretenen Unternehmertum etwas abgerungen ist, was nicht leicht abzurufen war. Das Arbeitszeitgesetz ist ein sozialpolitischer Erfolg, wenn auch vom Standpunkt des Arbeitnehmers aus noch manches zu wünschen übrig bleibt. Gegen die Stimmen der Sozialdemokratie ist dieses Gesetz zustande gekommen. Ihr war die Forderung, daß das Gesetz lieber aus der Hand der Sozialdemokraten als aus der Hand der Christlichen Gewerkschaften kommen sollte. Denn schließlich werden sie sich nicht nur der Tatsache, daß ein Fortschritt ist, nicht zu verschließen vermögen, sondern auch die Begründung nicht von der Hand weisen können, die für jetzt getroffene Neuregelung der Arbeitszeit maßgebend war. Die Sozialdemokraten wollten die Arbeitszeit direkt und plötzlich verkürzen, in der Annahme, damit einigen hunderttausend Arbeitlosen die Arbeitslosigkeit zu schaffen. Aber stimmt diese Annahme unter allen Umständen? Stegerwald antwortet auf diese Frage, sie stimme und stimme nicht. Sie stimme, wenn der technische Fortschritt gleichzeitig nebenhergeht und dann nicht durch eine falsche Wirtschaftsorganisation die Preise künstlich hochgehalten werden. Gegenwärtig könne die deutsche Wirtschaft nicht einheitlich beurteilt werden. Mit Rücksicht auf die deutsche Wirtschaft ändern. Von einem Tag zum anderen könne man daher nicht durch verkürzte Arbeitszeit neue Arbeitsgelegenheiten schaffen. Aus vier Gründen sind schließlich die Regierungsparteien den direkten Weg zur Arbeitszeitverkürzung nicht gegangen, und zwar: 1. weil die deutsche Wirtschaft gegenwärtig noch nicht einheitlich beurteilt werden kann (manchen Wirtschaftszweigen geht es gut, andere haben noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen); 2. weil Deutschland noch sehr ungleichmäßig ist, in seinem Anteil am Weltmarkt im Vergleich zu 1913 (wir sind erst wieder mit zwei Drittel von ehemals am Weltmarkt beteiligt); 3. weil in einer Reihe von Industrien Mangel an Facharbeitern besteht (wenn nicht ausreichend Facharbeiter da sind, heißt das, wieviel auch die Möglichkeit zur Beschäftigung ungenutzter Arbeiter); und 4. weil für den von der Sozialdemokratie und von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Weg für eine Neuregelung, wie schon oben erwähnt, keine Mehrheit zustande zu bringen war. Dem Arbeitszeitgesetz wird nun noch im Laufe des Jahres als nächste sozialpolitische Aufgabe die Schaffung der Erwerbslosenversicherung folgen. Auch das ist eine Aufgabe, die nicht leicht zu knacken sein dürfte. Aber man hat's an dem Arbeitszeitgesetz gesehen, daß wo ein Wille auch ein Weg ist.

Die Abstimmung im Reichstag über den Finanz- ausgleich und die neue Besteuerungsverteilung gibt der demokratischen Presse den erwünschten Anlaß, wieder einmal für die Verfassungsänderung einzutreten, die es bedeuten würde, wenn den preußischen Provinzver- tretern das Recht zur Abstimmung nach eigenem Ermessen genommen würde. Hierauf arbeiten bekanntlich die Demokraten und Sozialdemokraten im Landtag schon lange hin. Sie bringen aber damit nicht durch, und selbst wenn sie, wie es einmal geschehen ist, eine Mehr- heit für ihren Antrag fanden, widerlegte sich doch der Staatsrat. Aber auch seine Zustimmung würde noch keineswegs zur Entwertung der Stimmen der Provinz- vertreter genügt haben, denn das entscheidende Wort würde doch bei den entscheidenden Faktoren des Reiches liegen. Freilich stimmt es, daß die Väter der Reichs- verfassung den Einfluß des größten Bundesstaates im Reichstag durch die Bestimmung, daß er nicht mehr als zwei Fünftel aller Reichstagsstimmen haben dürfe, — obwohl er nach seiner Bevölkerungszahl mehr als die Hälfte haben dürfte — und daß die Hälfte der preu-

sischen Stimmen von den Provinzen gestellt werden, stark geschwächt haben, aber das war doch Absicht, und zwar die Absicht derjenigen Kreise, die in der Schwä- chung Preußens den Anfang zum unitaristischen Aus- bau des Reiches sahen; es war die Absicht der De- mokraten und Sozialdemokraten. Nun zeigt sich in der Praxis, daß die preußischen Provinzial- stimmen diesen beiden Parteien, die in der preußischen Regierung den Ausschlag geben, gelegentlich unbenutzt werden können, weil sie zum allergrößten Teil von Mit- gliedern anderer Parteien gestellt werden. Und darum soll nun das System der preußischen Stimmenverteilung im Reichstag geändert werden! Das Zentrum wird dazu seine Hand nicht bieten. Wenn im übrigen das „Berliner Tageblatt“ unter denen, die gegen den preu- ßisch-sächsischen Einspruch gestimmt haben, auch den Verleger Penning nennt, so irrt es sich, denn die westfälische Stimme hat an jenem Tage der Stellver- treter Brandt geführt, der der Deutschen Volkspartei angehört.

Eigenartiges wird aus Sigmaringen, der Hauptstadt des früheren Fürstentums Hohenzollern ge- meldet. Das Ländchen Hohenzollern gehört bekanntlich seit 1849 zur Rheinprovinz, und ein Regierungspräsi- dent verwaltet es. In Sigmaringen residiert aber außer dem noch auf hohem Schloß in Wang und Gr- habenhof der Fürst von Hohenzollern, der nach wie vor der Mittelpunkt des Sinnen- und Treibens der Sig- maringer ist. Jeder Epheer, der etwas auf sich hält, ist Hoflieferant oder ähnliches, was mit Hof zusammen- hängt. Und über diesem Hof lastet nun ein latei- ner Zwiß zwischen dem Regierungsprä- sidenten Dr. Scherer und dem Fürsten Wilhelm von Hohenzollern, dem nahen Verwandten des Königs Ferdinand von Rumänien und sehr engeren Verwandten (13. Jahrhundert) der preußischen Hohenzollern. Der Regierungspräsident gehört dem Typ des korrekten preußischen Beamten an und ist alles mehr als ein republikanischer Delikatesse. Der korrekte erste Beamte Preußens wollte dem Fürsten einen Besuch abstatten. Der Fürst ließ dem Regie-

rungspräsidenten mitteilen, er werde den Besuch nicht in Form eines Gegenbesuches, sondern durch bloße Kar- tenabgabe erwidern. Darauf unterließ natürlich der Besuch des Regierungspräsidenten. Der Kleintier war eröffnet. Der Fürstentum spannte weitere „Kavalen“, die dazu führten, daß drei Regierungsräte und einige andere Beamte eine Einladung des Für- sten zu einem Frühstück annahm. Die betreffenden Beamten mußten die Folgen dafür tragen, daß sie die Autorität der preußischen Staatsregierung nicht besser vertreten hatten, sie wurden verlegt. Das gespannte Verhältnis zwischen dem Regierungspräsidenten und dem sächsischen Hofe wurde noch verschärft dadurch, daß der Bürgermeister von Sigmaringen, entgegen der bis- herigen Übung und trotz den entgegenstehenden An- ordnungen der preußischen Staatsministerien, am Ge- burtstag des Fürsten das Rathaus besagte hatte. Auf Grund dieser Maßnahme hat die Stadter- haltung nachträglich ihr Bedauern über den Vorfall ausdrücken müssen. Solche Zustände lasten wie ein Alp auf den braven Sigmaringern. Der Kampf zwischen der neuen Zeit und dem Kleinadelismus des 18. Jahrhunderts aber geht vorläufig, ohne wei- tere bedrohliche Formen anzunehmen, im Stillen weiter, aber der Fürst ist dabei doch schon stark ins Hintertreffen geraten.

Tschangtscholin und die Sowjets.

Vor der Eruption im fernen Osten?

Könnte man die letzte Etappe des sibirischen Ge- staltungskampfes sozusagen als einen riesigen, gesetzmä- ßig fortschreitenden Prozeß betrachten, dem zwar vieles zum Opfer fallen muß, in dessen Spure aber mit dop- pelter Kraft und Schwindigkeit neues Leben zu spie- len beginnt, so scheint jetzt ein Ereignis eingetreten zu sein, das — wenn sich die darüber berichteten Einzel- heiten nur zu einem wesentlichen Teil bestätigen, zu einer Eruption von unübersehbarer Ausdehnung führen muß. Zwar ist noch keineswegs klar, was sich eigentlich zu- tragen hat. Sicher ist offenbar, daß die vom Süden nach Nordchina zur Vorbereitung des Bödens für die Fortsetzung des Befreiungskampfes vorgeschickten Agen- ten dem letzten Beschützer der alten Zustände, Tschangtscholin, und den diplomatischen Vertretern der Vertrags- mächte so unangenehm geworden sind, daß man sich zu ent- schiedenen Vorstößen gegen sie entschlossen hat. Da diese Agenten offenbar an den Sowjetvertretungen des Nord- chinas Rückhalt und Deckung fanden, gestatteten die diplo- matischen Vertreter der Vertragsmächte Tschangtscholin eine Durchsicht des Peking-erlassenen Gesandtschafts- quartiers, was an sich immerhin mit dem zwischen China und den Vertragsmächten nach dem Vor- stand unterzeichneten Protokoll im Einklang steht. Nun scheint jedoch Tschangtscholin, oder schienen minde- stens seine Vertrauensleute, die erhaltene Erlaubnis miß- braucht und ihre Untersuchungen von den lediglich im Peking-erlassenen Gesandtschaftsquartier liegenden Gebäuden auf Teile der Sowjetgesandtschaft selbst ausgedehnt zu haben. Dies ist die Kernfrage des ganzen Zwischenfalls, über die Klarheit noch nicht zu gewinnen ist.

Verdächtig genug wirkt immerhin die Tatsache, daß am dritten Tage nach den ersten Meldungen darüber die Situation noch nicht vollkommen hat geklärt werden können, und es war von vornherein zu erwarten, daß die aus diesem Zwischenfall entstehende Erregung alsbald die wildesten Gerüchte zeitigen würde. Dazu gehört offen- bar die Neutermelung, daß Tschangtscholin, der Epren- nent des gemäßigten Flügel der Antons-Regierung, Tschangtscholin zu seinem Vorgehen inspiriert habe. Das würde bedeuten, daß Tschangtscholin sich den ohnehin nicht mehr ganz sicheren Akt, aus dem er ist, selbst aus- führen wollte — ist also im höchsten Grade unwahrschein- lich. Annehmbarer und glaubhafter sind schon die Ge- rüchte über ein Ultimatum Sowjetlands an China, denn man weiß, daß, ganz abgesehen von dem gegenwärtigen Zwischenfall, die Sowjetregierung bereits zahlreiche Differenzen mit Tschangtscholin gehabt hat, ohne die Genugtuung zu erhalten, die sie für seine selbstherrlichen Maßnahmen in der Mandchurien und be- züglich der sibirischen Eisenbahnen fordern zu dürfen geglaubt hatte. Stellt sich, wie gesagt, heraus, daß die Peking-erlassene Erlaubnis auch nur ungefähr so verlan- gen ist, wie man den Berichten darüber bisher entnehmen muß, so ist damit der Fall gegeben, daß Rußland nicht nur mit dem Schein des Rechts, sondern mit wirklicher Berechtigung eingreifen kann, was natürlich zur abso- luten Konsolidierung der nationalrevolutionären Regie- rung, und zwar unter radikaler Führung, über ganz China führen würde. Volkswirtschaft des ganzen Fern- Ostens, bedingungslose Verdrängung der Vertrags- mächte wären die Folge.

Die Vorgänge im Peking-erlassenen Gesandtschaftsquartier.

London, 8. April. Press Association meldet, an- scheinend inspiriert: Wahrscheinliche Berichte, die jetzt in London über den Zwischenfall bei der Rätegesandtschaft in Peking eingetroffen sind, zeigen, daß die chinesischen Behörden über eine Information verfügten, wonach eine Menge Waffen und Munition in der Dalai und bei der Chinesischen Ostbahn auf- gespeichert waren. Sie wußten auch, daß diese Dinge als Mittelpunkt für einen kommunistischen Propa- ganda benutzt würden. Keines dieser Gebäude hat irgendwelche unter diplomatischen Schutz stehend angesehen werden können. Außerdem hat die Regierung alle Vorrechte, die sie aus dem Protokoll

von 1901 haben konnte, und auch alle Territorialitäts- rechte ausüben. Die chinesische Polizei hat daher den Fall beiseite ausgedehnt und von dem Dogen des Gesandtschaftsbezirks einzufragen und diese Ge- bäude zu untersuchen. Die Räte wurde am 7. April, vormittags 11 Uhr durchgeführt. Die Rätebotschaft als solche, die allein das Recht auf diplomatische Immu- nität hat, ist von diesen Gebäuden vollkommen ab- geschlossen. Die chinesische Polizei scheint die ihr von dem Dogen gewährte Befugnis überschritten zu haben, indem sie in das Quartier der Rätebotschaft ein- drang. Diese Quartiere liegen allerdings außer- halb der Mauer, die die Botschaft umgibt, und die Rätebotschaft ist, da sie auf das Recht verzichtet hat, nicht berechtigt, eine Wache zu unterhalten. Das diplomatische Quartier hat es jedoch der Form wegen für angemessen gehalten, einen Protest an die chine- sischen Behörden zu richten, weil sie die ihnen gewährten besonderen Befugnisse in dieser Hinsicht überschritten haben. Es scheint, daß die in diesem Gebäude anwesen- den Personen sich nicht bedroht fühlen, noch Menschen von außerhalb zu verhaften. Es wird erzählt, daß die Rätebotschaft keine Grund zu einem Protest habe.

Das beschlagnahmte Material.

London, 9. April. Die „Times“ berichtet aus Peking, die auswärtigen Konsulate beschlagnahmte Material. Sie fanden außer dem bereits Gemeindefonds noch folgende: Eine Reihe von Siegeln für eine neue kommunistische Regierung, Waffen antibrutischer und antimperialistischer Propa- ganda, zwei Maschinengewehre, verschiedene alte Gewehre, 20 Revolver und ein starkes Luftdruckgeschütz. Die Gegenstände werden immer noch verhört, aber das beschlagnahmte Material ist noch nicht veröffentlicht worden. 35 bekannte Kommunisten sind gefangen genommen.

Die Peking-erlassenen Sowjetgebäude bleiben besetzt.

London, 9. April. Dem Berichterstatter der „Morning Post“ zufolge hatten Polizeitruppen weiter- hin die Sowjetgebäude und die Dalai besetzt.

Admiral Williams über die Lage in Sanlau.

Washington, 8. April. Admiral Williams teilte dem Flottenkommando heute mit, daß die Lage in Sanlau immer schlimmer werde, und daß die örtlichen Behörden annehmend keine Schritte tun, um die Gefangenen auszulassen.

Russische Truppentransporte nach Ostibirien.

Berlin, 9. April. Die „D. S.“ meldet aus London: Heute morgen veröffentlichten die englischen Agen- turen Meldungen über große russische Truppen- transporte in der Mongolei und an der transsibi- rischen Bahn, die darauf berechnet sind, in einem überraschenden Vorstoß zu Lande und auf den ostsi- birischen Gräben zu befehen und, wenn nötig, nach Peking vorzustoßen. Vier Infanteriedivisionen und drei Kavalleriebrigaden sind in den letzten Wochen in den größeren militärischen Standorten Sowjetrußlands mobilisiert worden und bereits seit einiger Zeit auf dem Vormarsch nach Ostibirien.

Erste Niederlage der chinesischen Südruppen?

London, 9. April. „Morning Post“ berichtet aus Schanghai: Informationen aus gewöhnlich zuverlässi- ger chinesischer Quelle zufolge hätten Südruppen am Mittwoch nächst von Putau eine erste Nieder- lage erlitten. Der genaue Ort werde allerdings nicht genannt. Sie hätten 2000 Mann Verluste ge- habt, von denen die meisten getötet seien. Der Korrespondent fügt hinzu, daß dies als eine Uebertrei- bung angesehen werde.

Der Sommerfeldzug gegen Peking.

London, 9. April. „Times“ berichtet, daß in Lon- don eingetroffenen Informationen zufolge, die Kan- ton- heere den gewonnenen Boden konsolidieren und sich auf einen Sommerfeldzug gegen Peking vorbereiten. Von denen bereits die Hälfte mit Erfolg gestempelt hat. Die Nordkreistruppen seien etwa ebenso stark wie die Kantonsarmee, verfügten jedoch über bessere Artil- lerie.

Der Osterurlaub der Reichsminister.

Berlin, 9. April. (Eig. Draht.) Genau wie das Reichsparlament hat auch das Reichs- kabinett seine Arbeiten durch eine Osterpause unter- brochen. Während Reichswirtschaftsminister Dr. Cui- tus bereits am Freitag Berlin verlassen hat, gedenken Reichsfinanzminister Dr. Marx und Reichsverkehrsminister Dr. Koch heute auf einige Tage der Reichshauptstadt den Rücken zu kehren, um in besserer Luft die verdiente Er-holung zu gewinnen. Mehrere andere Kabinettsmit- glieder wollen in den nächsten Tagen abreisen. Reichs- außenminister Dr. Stresemann hat die Vertretung des Reichsfinanzministers übernommen. Reichsfinanz- minister Dr. Kochler hat zunächst die Absicht, nach vor- über einer Dienstreise nach Bayern zu machen, um mit den Münchener nachgehenden Stellen über Fragen der bayerischen Verwaltungsreform zu verhandeln. Es dürfte sehr sympathisch, daß der Reichsfinanzminister nicht nur seine Absichten bezüglich der Verwaltungsreform program- matisch dargelegt hat, sondern daß er auch sofort die ent- sprechenden praktischen Schritte unternimmt und zwar zunächst bei seiner eigenen Verwaltung. Im Zu- teresse der Steuerzahler ist ihm ein guter Erfolg bei sei- nen Bemühungen zu wünschen.

Beschränkung des Kriegsmaterials!

Eine Erklärung des deutschen Delegierten in der Abrüstungskommission.

Genf, 9. April. In der heutigen Vormittags- sitzung der vorbereitenden Abrüstungskom- mission gab der deutsche Delegierte Graf Bern- storff zu dem der Abrüstungskommission vorliegenden Antrag der deutschen Delegation auf Beschränkung des Kriegsmaterials folgende Erklärung ab: Für Deutschland wie für jedes Land, das ernstlich die Abrüstung anstrebt, ist die Frage der Beschränkung des Kriegsmaterials der Landtruppen (Geschütze, Panzer- wagen, Handfeuerwaffen usw.) von entscheidender Be- deutung, da dieses Material im Krieg, wie er geführt werde, eine entscheidende Rolle spielt, und von der Menge dieses Kriegsmaterials gleichzeitig die Zahl der von einem Staat verwendbaren Menschen abhängt. Die Einschränkung des Kriegsmaterials hat somit zwangs- läufig die entsprechende Einschränkung des Menschenmaterials zur Folge. Die in dem bei- vorbereitenden Abrüstungskommission vorliegenden Entwurf vorgeschlagene indirekte Limitierung des Kriegs- materials auf dem Umwege über die Beschrän- kung der Heeresausgaben ist ein durchaus un- befriedigender und praktisch wenig wirksamer Versuch für die direkte Einschränkung des Kriegs- materials zum Zwecke der Abrüstung. Die indirekte Materialbeschränkung durch Verringerung des Heeres- haushaltes hat auch den außerordentlich schweren Nach- teil, daß die aus dem letzten Kriege herrüh- renden ungeheuren Materiallager zahl- reich Staaten im Heereshaushalt nicht erschei- nern. Derartige Kriegsmateriallager würden somit bei einer sich nur auf die Budgets beziehenden Beschränkung praktisch jeder Limitierung entzogen werden. Die Fortschritte der Technik haben den Krieg der Menschen zu einem Kriege der Maschinen gemacht. Umso zwingender ist die Notwendigkeit einer direkten Einschränkung des Kriegs- materials. Mindestens ebenso einfach ist die Limitierung der Mannschaftelemente, der Flugzeuge oder gar der Entwürfe, eine direkte Beschränkung des Materials sei nur bei strenger Kontrolle möglich. Auf jeden Fall ist auch hier der Wille zur Vertragserfüllung bei allen Staa- ten die erste Voraussetzung ebenso wie bei der Limitie- rung der Mannschaftelemente oder gar der Heeresaus- gaben. Abwegig ist der Einwand, die Materialbeschrän- kung scheitere am Mobilisationsgeschehen. Hier handelt es sich gar nicht um die Verwendung des Kriegsmaterials nach der Mobilisation, sondern um dessen Bestände vor derseits, über die alle Staaten nach Artikel 8 des Völkervertrages ohne Rücksicht auf Aufschuß zu geben haben. Die Welt muß wissen, über welche Kräfte an Menschen und Material ein Land nach der Abrüstung verfügt. Ohne diese Kenntnis ist der not- wendige An- und Abgleich der Kräfte nicht möglich, und zwar hinsichtlich der Menschen, gleichviel, ob aktiver Mann oder Reserveist und hinsichtlich des Materials bei der aktiven Truppe im Depot. Die direkte Limitierung des Kriegsmaterials unterrichtet auch jeden Staat darüber, mit welcher Stärke

Vor allem sah sich die
e durch den Widersta
eilen bemüht, auf
ung zu verzichten. D